

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder — auf Rückzahlung des Bezugspreises. —
Vierteljährlich M. 6.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M. 5.—, monatlich M. 2.—, durch die Post abgeholt M. 6.—.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeämter des Bezirks.

Postcheck-Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde-Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Beizeile (Masse's Zeilenmaß 14) 70 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 60 Pfg. im Amtsgerichtsbezirk 50 Pfg. Amtl. Zeile M. 2.10, 1.80 und 1.50. Retl. M. 1.50 Bei Wiederholg. Rabatt. Zeitanzeigen und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großhirsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 61.

Freitag, den 23. April 1920.

72. Jahrgang

Das Ende der Sächsischen Koalitions-Regierung.

W. S. L. Dresden, 22. April. 1/3 Uhr nachm.

Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat heute ein Schreiben an den Präsidenten der Volkskammer gerichtet, in dem er seinen Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten erklärt. Dr. Gradnauer wird bis zur Neuwahl seines Nachfolgers und Bildung des neuen Ministeriums die Amtsgeschäfte fortführen.

Nach der vorläufigen Verfassung muß mit dem Ministerpräsidenten die gesamte Regierung zurücktreten. Nach den Vorgängen der letzten Tage war mit dem Verschwinden der gegenwärtigen sächsischen Regierung von Tag zu Tag zu rechnen. Von demokratischer Seite wird angegeben, daß Dr. Gradnauer durch den Ausgang der Hülz-Affäre und durch Angriffe aus den Reihen der demokratischen Partei zum Rücktritt veranlaßt worden wäre. Der Rücktritt Dr. Gradnauers ist lediglich die Folge einer Parteirevolution in seiner eigenen, d. h. in der mehrheitssozialistischen Partei. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die radikale, die sogenannte Chemnitzer Richtung, die auf alle Fälle ein Zusammengehen mit den Unabhängigen und eine gemeinsame Regierungsbildung unter Ausschaltung der Bürgerlichen herbeiführen wollte, in der mehrheitssozialistischen Partei längst die Oberhand gewonnen haben. In unterirdischen Kreisen besteht kein Zweifel darüber, daß auf der am Sonntag in Meißen beginnenden Landeskonferenz der mehrheitssozialdemokratischen Partei der für die Regierung Gradnauer-Uhlig eintretende Flügel Fräßdorfer-Sindermann von den radikalen, unter Führung von Hellisch-Chemnitz Stehenden glatt an die Wand gedrückt wird. In der sozialdemokratischen Volkskammer-Fraktion hat dieser radikale Flügel ebenfalls die überwiegende Mehrheit, wie aus einer am Mittwoch abgehaltenen Fraktionsbesprechung hervorging, die eine Kommission zu dem in Schandau zur Erholung sich aufhaltenden Ministerpräsidenten sandte und ihn ersuchen ließ, noch vor der Landeskonferenz sein Rücktrittsgesuch einzureichen, um die Bahn für eine rein sozialistische Regierung zu schaffen. Die Hülz-Affäre, für deren blamablen Ausgang nicht nur Dr. Gradnauer, sondern das Gesamtministerium ohne Ausnahme verantwortlich zu machen ist, hat mit dem, von den eigenen Parteigenossen Gradnauers erzwungenen Rücktritt nicht das Geringste zu tun. Beweggrund für diesen, die Gradnauer zu Fall brachten, ist lediglich das Bestreben, mit Hilfe einer reinsozialistischen Regierung und der augenblicklich noch vorhandenen, aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen bestehenden Volkskammermehrheit, noch vor den Volkskammer-Neuwahlen möglichst weitgehende Sozialisierungswahnsinn durchzuführen und auch die Verfassung in sozialistischem Sinne zu gestalten.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Säuglingspflege.) Die Fürsorge der Gegenwart gilt dem Säugling und dem Kleinkind. Deutsch und braucht, wenn es den Niedergang überwinden haben will, ein gesundes, ein kräftiges Geschlecht. Das jetzige Geschlecht ist krank, krank am Körper, wie am Geist. Die Nerven sind vollkommen zerrüttet, der Körper durch die Kriegsernährung entkräftet und widerstandsunfähig. Wird daher dem Säugling jetzt nicht besondere Beachtung und Pflege zu teil, so wird auch das heranwachsende Geschlecht schwächlich, dürrig, krank. Daher überall Säuglingspflege: in Gemeinden, Wohlfahrtsämtern, Vereinen, Fortbildungsschulen, in Dorf und Stadt. Der Frauenverein für die Stadt Pulsnitz betreibt sie auch seit mehreren Jahren. Ihm bietet sich jetzt eine besondere Gelegenheit, nämlich einen Kursus für Säuglingspflege abhalten zu lassen, der einmal jungen Müttern zur Belehrung über die Haltung und Wertung ihres Kindes dienen soll, besonders aber auch Müttern, denen Kinder oder Geschwister zur Pflege und Beforgung anvertraut werden. Ein solcher Kursus umfaßt 8 Doppelstunden und soll Anfang Mai innerhalb 14 Tagen im Konfirmandenzimmer abgehalten werden. Da eine Lehrerin gerade jetzt zur Verfügung steht, so fehlt es nur noch an Teilnehmerinnen. Bei genügender Teilnehmerzahl — es werden 20 bis 24 notwendig sein — könnte die Ausbildung beginnen. Anmeldungen hierzu nehmen Herr Pfarrer Schulze und Herr Dr. Kreisig entgegen.

— (Der in dieser Woche mit der Fleischzuweisung zur Ausgabe kommende Speck) ist von der Fleischerninnung Kamenz im Einverständnis mit dem Kommunalverband aus dem besetzten Gebiet freihändig angekauft worden. Sein Preis ist leider nicht gering. Es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß der Verkäufer, das Büro für belgische Lebensmittelzufuhr, Vorauszahlung bereits Anfang Februar forderte und die politischen Verhältnisse den Transport nach hier verzögerten, sodaß allein an Zinsen etwa 18 000 M erwachsen. Immerhin dürfte der Preis den Verhältnissen entsprechend angemessen

sein, da vergleichsweise das Pfund Speck in Dresden und anderen Städten 28 M kostet.

— (Verdoppelung des Bierpreises) Im Gebiet der ehemaligen norddeutschen Brauereigemeinschaft war der Hersteller-Höchstpreis für Bier mit einem Stammwürzegehalt von 2 bis 3 1/2 Prozent auf 61 Mark am 31. Dezember 1919 festgesetzt worden. Infolge der starken Steigerung aller Herstellungskosten, Böhne usw. wird durch eine neue Verordnung vom 15. April 1920 der Höchstpreis auf 180 Mark für das Hektoliter erhöht. — Selbstverständlich werden auch die Ausschankpreise dadurch eine gewaltige Steigerung erfahren.

— (Wetterbericht vom 22. April vorm.) Das von Westen gefommene Minimum ist unter Abnahme seiner Tiefe vorübergezogen und das Barometer um einige Millimeter gestiegen. Das nordöstliche Maximum scheint nun doch nicht, wie es gestern Nachmittags fast schien, Einfluß zu erlangen, sondern vorübergehend das südwestliche. Da inzwischen eine neue Störung von NW heranziehen dürfte, so ist auch fernerhin das Auftreten von Regen zunächst noch wahrscheinlich. Die Temperatur ist heute etwas kühl.

— (Das Ende des Silbergeldes.) Silbergeld gilt nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Nach einer soeben erlassenen Verordnung des Reichsfinanzministeriums sind die Silbermünzen — Einhalbmarsstücke, Einmarsstücke, Dreimars- und Fünfmarstücke — außer Kurs gesetzt. Auch die Stücke, die als Denkmünzen geprägt sind, verlieren ihre gesetzliche Zahlungskraft. Indessen nimmt die Reichsbank das Silbergeld jetzt noch zu dem hohen Kurs an; wie lange die Ueberzahlung anhält, steht allerdings nicht fest. Der letzte Einlösungstermin für die Silbermünzen ist auf den 1. Januar 1921 festgesetzt. Eine Wiedereinführung von geprägtem Silbergeld ist für absehbare Zeit ausgeschlossen. — Der Einlösungspreis für das Silbergeld bei der Reichsbank beträgt jetzt nur noch 6 Mark.

Niedersteina. (Mütterberatungsstelle.)

An der gestrigen Mütterberatungsstunde nahm Herr Bezirksarzt Dr. Barmann aus Kamenz teil. Die mitgebrachten Säuglinge wurden von ihm eingehend untersucht. Gleichmäßig wurde zum ersten Mal die neue Säuglingswaage gebraucht, die hier stationiert worden ist. Wie verlautet, soll es von Bezirks wegen geregelt werden, daß an jeder Mütterberatungsstunde ein Arzt teilnimmt.

Dhorn. (Stadtkinder aufs Land!) Die Not unserer Tage bringt es mit sich, daß auch in diesem Jahre wieder an die Unterbringung erholungsbedürftiger Stadtkinder auf dem Lande gedacht werden muß. Da diese Einrichtung nach der Auffassung insbesondere des Reichsgesundheitsamtes (preuß. Min.-Erlaß vom 12. Januar d. J.) auch für die Zukunft ein unentbehrliches und in seiner Art unersetzliches Mittel zur Hebung der Volksgesundheit ist, muß in der Ausnutzung ihrer Werte ungeachtet aller Hemmnisse um so mehr fortgefahren werden, als in der allgemeinen Lage der Volksernährung leider noch immer keine nennenswerte Besserung in Aussicht steht. Wie unendlich traurig die körperliche und geistige Verfassung unserer Großstadtkinder ist, welche entsetzliche Wirkungen die jahrelange feindliche Hungerblode gerade auf sie ausgeübt hat, welche bedenkliches Anwachsen der Todesfälle von Kindern im schulpflichtigen Alter, in der Hauptsache an Unterernährung und als Folge davon an Tuberkulose, aus den Statistiken ersichtlich ist, das sind alles nur zu bekannte Tatsachen, als daß sie noch einer ausführlichen Begründung bedürften. Gerade darum gilt es, nicht müßig abseits zu stehen, alle Voreingenommenheit beiseite zu lassen und tätig mitzuhelfen an einem Werte, das für seinen Teil die Sicherung unserer Volkszukunft erstrebt. Es ergeht also an alle Dhorner Einwohner wieder die warm werbende Bitte: Stellt

dem Landesausschuß für die Stadtkinderverschickung Einzelpflegestellen zur Verfügung und nehmt Stadtkinder bei Euch auf! — Um Unklarheiten vorzubeugen, weist der Landesausschuß ausdrücklich darauf hin, daß eine sorgfältige Auswahl der Kinder stattfindet; daß also nicht kranke, sondern nur gesundheitlich gefährdete, ebenso nur wohlherzogene Kinder das Glück des Landaufenthaltes genießen sollen. Mängel, die sich hierin infolge der Neuheit des Unternehmens bisher gezeigt haben, werden nach Kräften abgestellt werden. Das Landeslebensmittelamt wird wieder Nahrungsmittelzulagen gewähren und die Städte werden sich zu einem höheren Kostgelde bereifinden. Ebenso übernimmt der Landesausschuß wie früher die Haftpflicht für alle während des Landaufenthaltes eintretenden gesundheitlichen Schäden der Stadtkinder. — Zu weiterer Auskunft ist der Stadtkinder-Vertrauensmann für Dhorn, Herr Oberlehrer Sticht, jederzeit gern bereit.

Kamenz, 20. April. (Bezirksausschussung.)

Am Sonnabend fand unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Grafen Viktum von Eckstädt in der Amtshauptmannschaft die 3. öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Zunächst wurde der Erhöhung der Gehälter mehrerer Gemeindevorstände des Bezirks zugestimmt. Sodann erfolgte eine längere Aussprache über wichtige Lebensmittelfragen, vor allem über den Einfluß der Veränderung der Valuta auf die Preisgestaltung der vom Kommunalverband eingekauften Nahrungsmittel, die in den kommenden Monaten bis zum Eintritt der neuen Ernte an die Bevölkerung verteilt werden sollen. Es wurde beschlossen, trotz der zum Teil sehr hohen Einstandspreise dieser Vorräte von ihrer auch nur teilweisen Abstoßung nach auswärts abzulehnen, wohl aber so, wie dies schon bisher gelegentlich bei Hülfsleistungen geschehen ist, die Waren erforderlichenfalls auf Kosten des Kommunalverbandes zu einem der jeweiligen Markttage angekauften verbilligten Preise an die Bevölkerung des Bezirks zur Verteilung zu bringen. Ein Antrag auf Kriegswohlfahrtshilfe wurde abgelehnt. Die Verteilung des Beobachters der Hochwasserbeobachtungsstelle Jesau wurde neu geregelt. Weiter wurde über eine Reihe von Grundstücksabtrennungsanträgen, betr. die Grundstücke Blatt 50 für Großhirsdorf, Bl. 95 für Bretinig, Bl. 8 für Schwenpitz, Bl. 3 für Stenz und Bl. 15 für Kaufnis, Entscheidung gefaßt. Die Rekurse der Radeberger Exportbrauerei Dresden und des Kornmachereimessers Friedrich Lange Königsbrück wegen Veranlagung zur Gemeindefiskussteuer in Königsbrück wurden zurückgewiesen. Dem Ziegenzuchtverband der Oberlausitz wurde eine Jahresbeihilfe von 100 Mark für das Jahr 1920 unter der Voraussetzung gewährt, daß die Mittel der Ziegenzucht im hiesigen Bezirke zugute kommen. Ein Antrag des Saalgräberverbandes auf anderweitige Regelung der freien Kantlage und Einschränkung der nichtöffentlichen Tanzveranstaltungen wurde eingehend beraten und dazu beschlossen vor endgültiger Stellungnahme zunächst noch mit benachbarten Bezirken und mit der Kreisamtsmannschaft in Verbindung zu treten. Die Einführung besonderer Listen zur wirksameren Ueberwachung der Tanzsteuerentrichtung wurde genehmigt. Genehmigung fanden ferner der Vertrag über die Errichtung und den Betrieb von elektrischen Licht- und Kraftverteilungsanlagen zwischen dem Stadtrat Kamenz und der Gemeinde Ischnau, die Vereinigung des Ritterguts Strahlgärten mit der Gemeinde, der 4. Nachtrag zur Satzung des Gemeindeverbandes für Haftpflichtversicherung im Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz, der Nachtrag zu dem Statut über Festsetzung der Ruhestandsunterstützung der Bezirkshebamme im 14. Gebirgsbezirk, die Nachträge zur Gemeindebesteuerordnung für Klein-Dittmannsdorf, Biehla, Brauna, Bulleritz, Cosel, Cammersdorf, Dürrwickwitz, Oelenau, Großnaundorf, Häslich, Hausdorf, Hauswalde, Hückendorf, Kleinböhmen, Lehdorf, Liebenau, Peske, Räckersdorf, Nebelschütz, Nitro, Pulsnitz N. O., Bollung, Weißbach b. R., Wendischbäselitz und Wohla, die Besuche des Gastwirts Max Peischke Großgrabe, des Baumwirtsbesizers Emil Sperling Höllein, des Kaufmanns Georg Schubert Döhlen, des Bernhard Edelmann-Krakau und des Bäckers Richard Mähligang-Eltra um Schank- bzw. Tanzverlaubnis. Dagegen fanden die Besuche des Geschäftsinhabers Oskar Uhlitz-Königsbrück, des Bäckereibesizers Wilhelm Israel Weißbach b. R. und der Kaffeehändlerin Lina Weichelt in Großhirsdorf, um Erlaubnis zum Schank bzw. zum Kleinhandel mit Branntwein, Ablehnung. In einer Streitsache mit dem Magistrat Berlin wegen Bezahlung für im August 1919 gelieferte Frühkartoffeln wurde die Amtshauptmannschaft ermächtigt, die geforderte Zahlung abzulehnen und es auf die Klage ankommen zu lassen. Endlich genehmigte der Bezirksausschuß die von den unterhaltungsbedürftigen Gemeinden beschlossene Einziehung des Kommunikationsweges von Prietitz nach Deutschbäselitz unter gewissen, den Verkehrsverhältnissen einzelner Interessenten Rechnung tragenden Bedingungen.